

# AGB

## für Bau-, Montage- und Serviceleistungen

### PRÄAMBEL

Allen unseren Angeboten und Aufträgen für Bau-, Montage- und Serviceleistungen gegenüber Auftraggebern (AG) liegen ausschließlich die nachstehenden Allgemeinen Geschäftsbedingungen für Bau-, Montage- und Serviceleistungen (GBMS) zugrunde.

Alle individuellen Regelungen gehen vor, insbesondere solche der Bestellung und ggf. des Verhandlungsprotokolls, sowie das Leistungsverzeichnis einschließlich Vorbemerkungen.

### BEGRIFFLICHKEITEN

AG = Auftraggeber

AN = Auftragnehmer

Mitarbeiter = Repräsentanten, gesetzliche Vertreter, Erfüllungs- oder Verrichtungsgehilfen des AG bzw. des AN

GBMS = Geschäftsbedingungen für Bau-, Montage- und Serviceleistungen

### UMSATZSTEUER

Nachfolgend bezeichnete Beträge, insbesondere Angebots-, Auftrags- und einvernehmlich oder rechtskräftig festgestellte Abrechnungssummen, Vertragsstrafen und Sicherheiten bezeichnen den jeweiligen Nettobezugswert. Ist der AN Steuerschuldner nach Maßgabe der §§ 13 b UStG, 48 b EStG versteht sich der jeweilige Betrag jeweils zuzüglich der gesetzlichen Mehrwertsteuer.

### §1 VERTRAGSGRUNDLAGEN

1.1 Vertragsgrundlagen sind die gem. Angebot bestimmten Vertragsgrundlagen und im Übrigen das Recht der Bundesrepublik Deutschland.

1.2 Von diesen GBMS abweichenden oder sie ergänzenden Bedingungen des Auftraggebers (AG) sind für den Auftragnehmer (AN) unverbindlich, auch wenn der AN nicht widerspricht oder der AN erklärt, nur zu seinen Bedingungen erfüllen zu wollen.

1.3 Ergänzend gelten die folgenden Dokumente:

- Verhaltenskodex
- HSEQ
- Verpflichtungserklärung Lieferkettensorgfaltsgesetz

### §2 BASIS VON ANGEBOTEN UND AUFTRÄGEN

2.1 Unser Angebot ist nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe erstellt. Im Preis nicht enthalten sind alle im Angebot/Leistungsverzeichnis nicht ausdrücklich

aufgeführten Lieferungen und Leistungen.

- 2.2 Unterlagen und Informationen sind dem Vertragspartner anvertraut; sie dürfen nur für den vereinbarten Zweck verwendet werden und Dritten nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung vom AN zugänglich gemacht werden.
- 2.3 Angebote sind bis maximal 1 Monat ab Datum des Angebotes bindend.
- 2.4 Bestellung und Annahme sowie ihre Änderungen und Ergänzungen bedürfen der Schriftform. Mündliche Nebenabreden bei Vertragsabschluss sind nur wirksam, wenn sie von AN schriftlich bestätigt wurden. Dies gilt auch für Vertragsänderungen nach Vertragsabschluss.
- 2.5 Der AN ist berechtigt, die ihm übertragenen Leistungen an Nachunternehmer weiterzugeben, soweit die Parteien in einer der vorrangigen Vertragsgrundlagen keine anderweitige Regelung getroffen haben.

### §3 VERANTWORTLICHKEITEN UND VOLLMACHTEN

- 3.1 Der Projektleiter des AN besitzt Vollmacht gegenüber dem AG nur, soweit im Verhandlungsprotokoll seine Vertretungsbeziehung bejaht ist.
- 3.2 Der Projektleiter des AN ist jedoch in keinem Falle berechtigt, Formulierungen oder Klauseln dieser AVB oder des Verhandlungsprotokolls nach Abschluss zu verändern oder zu streichen. Derartige

Änderungen oder Streichungen bedürfen der ausdrücklichen Zustimmung der Geschäftsführung des AN.

- 3.3 Der AG hat vor Beginn der Ausführung einen Aufsichtsführenden und Bevollmächtigten zu benennen, der befugt ist, den AG rechtsgeschäftlich zu vertreten und bevollmächtigt ist, alle rechtserheblichen Erklärungen des AN mit Wirkung für den AG zu empfangen.

### §4 PFLICHTEN DES AUFTRAGGEBERS

- 4.1 Der AG ist verpflichtet, alles zu unterlassen, was eine Unwirksamkeit des geschlossenen Werkvertrags nach § 9 AÜG bewirkt/bewirken kann oder dazu führt/führen kann, dass ein Mitarbeiter des AN als Arbeitnehmer im Sinne von § 611 a BGB anzusehen ist/wäre.

Verstößt der AG schuldhaft gegen die Pflicht aus dem vorstehenden Absatz, ist er verpflichtet den AN von allen daraus entstehenden Ansprüchen Dritter oder des betroffenen Mitarbeiters vollumfänglich freizustellen, insb. von Ansprüchen gem. §§ 10 AÜG, 28e SGB IV, 150 SGB VII.

Dieser Freistellungsanspruch verjährt nach Maßgabe des § 199 BGB.

- 4.2 Aufschiebend bedingt für den Fall, dass gegen das Vermögen des AG ein Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens gestellt wird, tritt der AG bereits jetzt seine im Zeitpunkt des Bedingungseintritts bestehenden gegenwärtigen und

zukünftigen Erfüllungs- und Zahlungsansprüche an den AN ab, die der AG aus einem Rechtsverhältnis mit einem Dritten hat, wenn und soweit Gegenstand ein solcher Anspruch ist, der auch als Erfüllung im Rechtsverhältnis zwischen AN und dem AG anzusehen ist.

## §5 AUSFÜHRUNG

- 5.1 Der AG verpflichtet sich, den Bauablauf so zu koordinieren, alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen und gegenteiliges zu unterlassen, dass einer Durchführung der Leistungen des AN frei von rechtlichen oder tatsächlichen Hindernissen während der gesamten Dauer der Ausführung entgegensteht.
- 5.2 Der AN ist zur Nachbesserung im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen verpflichtet, hinsichtlich der Gewährleistungszeit gilt § 18. Der Rücktritt vom Vertrag wegen eines Mangels, der nicht wesentlich ist, ist nach Vorliegen der sonstigen rechtlichen Voraussetzungen erst dann möglich, wenn sich der AN mit der Nachbesserung im schuldhaften Verzug befindet.  
Der AN ist berechtigt, die zur Durchführung des Vertrages erforderlichen Leistungen durch Dritte ausführen zu lassen.
- 5.3 Verdeckte Installationen am Montageort sind vom AG genau zu kennzeichnen und vorher schriftlich bekannt zu geben.
- 5.4 Der AN übernimmt keine Haftung bei Planung und Realisierung mit nicht aktueller bzw. unvollständiger Bestandsdokumentation des AG.

## §6 GÜTE- UND FUNKTIONSPRÜFUNGEN, PROBEBETRIEB

- 6.1 Verlangt der AG vom AN Güte-, Funktions- oder Qualitätsnachweise, hat er diese gesondert zu vergüten.
- 6.2 Nur soweit der Werkvertrag es ausdrücklich vorsieht, hat der AN nach Fertigstellung, aber vor Abnahme, einen vereinbarten Probebetrieb durchzuführen.
- 6.3 Treten während des Probebetriebs Behinderungen oder Mängel auf, die denselben weder gänzlich vereiteln noch in vergleichbarer Weise erschweren, verlängert sich die Dauer des Probebetriebs um die Dauer der Beeinträchtigung sowie die Dauer der Wiederaufnahme des Probebetriebs.
- 6.4 Treten während des Probebetriebs Behinderungen oder Mängel auf, die die Nutzung des Werks im Ganzen oder in Teilen vereiteln oder erschweren, beginnt nach Wegfall der Behinderung oder nach vollständiger ordnungsgemäßer Mangelbeseitigung der Probebetrieb neu.
- 6.5 Das Ergebnis des Probebetriebs ist schriftlich zu dokumentieren.

## §7 ÄNDERUNGEN UND ERGÄNZUNGEN DES LIEFER- UND LEISTUNGSUMFANGS

- 7.1 Begehrt der AG nach Vertragsabschluss eine Änderung des vereinbarten Werkerfolgs oder eine Änderung, die zur Erreichung des vereinbarten Werkerfolgs notwendig ist, ist er im

Anwendungsbereich der §§ 650 a ff. BGB hierzu nach Maßgabe der §§ 650 b bis d BGB berechtigt. Entsprechendes gilt im Falle von Aufträgen, die nicht von den §§ 650 a ff. BGB erfasst werden.

7.2 Der AG ist verpflichtet, die Änderung schriftlich anzuweisen. Unterbleibt eine schriftliche Anweisung, ist der AN nicht verpflichtet, die Änderung auszuführen.

7.3 Macht der AN betriebsinterne Vorgänge für die Unzumutbarkeit einer Anordnung nach § 650 b Abs.1 S.1 Nr.1 BGB geltend, trifft ihn die sekundäre Beweislast hierfür.

7.4 Der Anspruch des AN auf Vergütung für vermehrten Aufwand besteht auch im Fall des § 650 b Abs. 1 S.1 Nr. 2 BGB, es sei denn, der AN hat bereits vor Vertragsabschluss Planungsleistungen erbracht, die in die Festlegung des vertraglich vereinbarten Werkerfolges eingeflossen sind.

7.5 Die Änderungen werden nur gegen eine angemessene Vergütung ausgeführt. Der AN wird die Änderungen in einem Nachtragsangebot erfassen und die Mehrvergütung auf Grundlage dieses Angebotes berechnen.

7.6 Der AG ist verpflichtet, das Nachtragsangebot innerhalb von 7 Arbeitstagen ab Zugang zu prüfen. Wird das Nachtragsangebot nicht fristgerecht geprüft oder zu Unrecht zurückgewiesen, ist der AN berechtigt, die weitere Ausführung der geänderten/ zusätzlichen Leistungen zu verweigern und über die

bereits erbrachten (Teil-)Leistungen abzurechnen.

7.7 Von der Leistungsbeschreibung abweichende Ausführungen darf der AN nach billigem Ermessen festlegen, sofern diese aus technischen oder öffentlich-rechtlichen Gründen erforderlich sind und/oder der Gesamtwert der Leistung nicht wesentlich beeinträchtigt wird.

## §8 FRISTEN UND TERMINE

8.1 Eine vertraglich vereinbarte Reaktionszeit gilt als eingehalten, wenn der AN die Leistungen innerhalb der vereinbarten Frist begonnen hat.

8.2 Die Frist für die Erbringung einer Leistung ist eingehalten, wenn diese bis zu ihrem Ablauf im Wesentlichen und ohne wesentliche Mängel erbracht ist. Ist ein Probetrieb vereinbart, muss der erreichte Leistungsstand den Probetrieb ermöglichen.

8.3 Verlangt der AG vom AN Güte-, Funktions- oder Qualitätsnachweise, verlängern sich die vertraglich vereinbarten Fristen um die Zeit für die Vorbereitung und Durchführung der Nachweiserbringung sowie die danach erforderliche Zeit bis zur Weiterführung der Arbeiten.

8.4 Die Einhaltung der Frist für Lieferung oder Leistung setzt einen rechtzeitigen Eingang sämtlicher vom AG zu liefernden Unterlagen, der erforderlichen Genehmigungen, die rechtzeitige Klarstellung und Genehmigung der Pläne

sowie Einhaltung sonstiger u.a. gesetzlicher Verpflichtungen des AG voraus. Werden diese Voraussetzungen nicht rechtzeitig oder nicht vollständig erfüllt, so wird die Frist angemessen verlängert.

## §9 KONVENTIONALSTRAFEN

9.1 Wenn und soweit eine Konventionalstrafe wirksam vereinbart ist, gilt ergänzend folgendes:

- Unbeschadet der vertraglichen Festlegungen im Übrigen räumt der AG dem AN eine Karenzzeit von 14 Kalendertagen beginnend ab dem vereinbarten Termin ein, d.h. in dieser Zeit gilt eine Terminüberschreitung als von keiner Seite zu vertreten.
- Mit der Vertragsstrafe sind alle Ansprüche des AG aus Verzugsschaden abgegolten.

9.2 Die Vertragsstrafe muss bei der Abnahme vorbehalten zu werden, sind Teilabnahmen vereinbart, bei der jeweiligen Teilabnahme.

## §10 ABNAHME

10.1 Auf Verlangen sind in sich abgeschlossene Teile der Leistung abzunehmen.

10.2 Nimmt der AG die Anlage aus Gründen, die der AN nicht zu vertreten hat, nicht innerhalb einer Frist von 12 Arbeitstagen ab Meldung der Abnahmebereitschaft/Fertigstellungsanzeige ab, so gilt die Anlage mit Ablauf dieser Frist als abgenommen.

10.3 Nimmt der AG die Leistung vor Abnahme in Betrieb, so gilt die Leistung nach einer Nutzungsdauer von 5 Arbeitstagen als abgenommen.

10.4 §640 BGB gilt mit der Maßgabe, dass das Werk des AN auch dann als abgenommen gilt, wenn der AN dem AG nach Fertigstellung des Werks eine angemessene Frist zur Abnahme gesetzt hat und der AG die Abnahme nicht innerhalb dieser Frist unter Angabe mindestens eines berechtigt gerügten Mangels verweigert hat.

10.5 Verzögert sich die Abnahme infolge von Umständen, die dem AN nicht zuzurechnen sind, gehen die Preis- und die Leistungsgefahr vom Tage der Fertigstellung der Leistung auf den AG über.

10.6 Die Abnahme hat unverzüglich nach der Meldung über die Abnahmebereitschaft / Fertigstellung zu erfolgen. Sie darf bei Vorliegen eines nicht wesentlichen Mangels nicht verweigert werden. Als wesentlich gilt ein

10.7 Mangel dann, wenn die bestimmungsgemäße Benutzung oder Funktion des vom AN geschuldeten Werkes durch den Mangel ausgeschlossen oder im Wesentlichen vereitelt wird.

10.8 Hat der AG das Werk ganz oder zu einem Teil in Benutzung genommen oder einem Dritten zur Nutzung/Weiterarbeit zur Verfügung gestellt, so gilt die Abnahme nach Ablauf von 7 Arbeitstagen nach

Beginn der Benutzung und entsprechendem Hinweis des AN an den AG als erfolgt, wenn kein wesentlicher Mangel (sh. § 10 Absatz 6) vorliegt und dem AN innerhalb dieses Zeitraums angezeigt ist. Die Benutzung von Teilen einer baulichen Anlage zur Weiterführung der Arbeiten gilt als Teil-Abnahme.

## §11 EIGENTUMSVORBEHALT

11.1 Alle zum Liefergegenstand gehörenden Waren (Vorbehaltsware) bleiben Eigentum des AN bis zur Erfüllung sämtlicher dem AN gegen den AG aus der Geschäftsverbindung zustehender Ansprüche. Dies gilt auch, wenn die einzelne Ware bezahlt worden ist, andere Forderungen aber noch offenstehen.

11.2 Während des Bestehens des Eigentumsvorbehaltes darf der AG die Vorbehaltsware weder verpfänden noch zur Sicherung übereignen. Die Weiterveräußerung ist nur im gewöhnlichen Geschäftsverkehr und unter der Bedingung gestattet, dass der AG von seinem Kunden Bezahlung erhält oder den Vorbehalt macht, dass das Eigentum auf den Kunden erst übergeht, wenn dieser seine Zahlungsverpflichtung erfüllt hat. Der AG tritt bereits jetzt die aus der Weiterveräußerung entstehende Forderung an den AN ab. Übersteigt der Wert dieser Sicherheit die Gesamtforderung des AN um mehr als 20 %, so ist der AN auf Verlangen des AG in dem übersteigenden Umfange zur Rückübertragung verpflichtet.

11.3 Bei Pfändungen sowie Beschlagnahme oder sonstigen Verfügungen durch Dritte hat der AG den AN unverzüglich zu benachrichtigen.

## §12 BESTIMMUNGEN FÜR PREISGESTALTUNG UND ABRECHNUNG

12.1 Die Vertragspreise sind Festpreise bis zur Fertigstellung, soweit nachfolgend nichts anderes bestimmt ist.

12.2 Preise gelten, soweit nicht ausdrücklich anders vereinbart- EXW (gem. INCOTERMS 2010).

12.3 Zu den Preisen kommt die anwendbare Umsatzsteuer in der jeweils gesetzlichen Höhe hinzu.

12.4 Das Recht, Zahlungen oder Leistungen zurück-zuhalten oder mit Gegenansprüchen aufzurechnen, steht dem AG nur insoweit zu, als seine Ansprüche unbestritten oder rechtskräftig festgestellt sind.

12.5 Warte- und/oder Standzeiten, die der AG zu vertreten hat oder die aufgrund von höherer Gewalt, Kriegs- und/oder Naturereignisse verursacht werden, werden entsprechend der üblichen Stundensätze berechnet; ebenso durch diese Unterbrechungen zusätzlich verursachte Reisekosten.

## §13 ÄNDERUNGEN DER VERGÜTUNG

13.1 Die Preise basieren auf den im Moment des Angebots gültigen Lohn- und Materialkosten.

13.2 Liegen zwischen Zugang des Angebots und Vertragsschluss oder zwischen Vertragsschluss und Beginn der Ausführung der Leistungen mehr als 2 Monate, ohne dass eine vom AN zu vertretende Lieferverzögerung vorliegt, kann der AN die Preise unter Berücksichtigung eingetretener Material-, Lohn- (entsprechend den Änderungen des Ecklohnes des örtlich und sachlich maßgeblichen Tarifvertrages) und sonstiger Nebenkostenerhöhungen anpassen (§ 315 BGB).

#### §14 STUNDENLOHNARBEITEN

14.1 Der AN ist berechtigt, Stundenlohnarbeiten in den vereinbarten Fällen und ferner immer dann abzurechnen, wenn keine der jeweiligen Leistung entsprechenden Leistungen Gegenstand des Auftrages waren oder sich die zu erbringende Leistung von den bereits Gegenstand des Auftrages bildenden Leistungen insbesondere durch die zeitabhängigen Kostenfaktoren unterscheidet.

14.2 Der AG hat Stundennachweise, die ihm spätestens 7 Arbeitstage nach Ausführung von Stundenlohnarbeiten übergeben worden sind, spätestens innerhalb von 2 Arbeitstagen nach Zugang und in allen sonstigen Fällen binnen 5 Arbeitstagen nach Zugang zurückzugeben. Dabei kann er Einwendungen auf den Stundennachweisen oder gesondert schriftlich erheben. Nicht fristgemäß zurückgegebene Stundenlohnnachweise gelten als anerkannt.

14.3 Die Normalarbeitszeit beträgt 38,5 Stunden je Woche. Samstage gelten nicht als normale Arbeitstage. Wenn nicht anders vereinbart, gelten als Basis für die Berechnung der Überstundenzuschläge **70 %** des Werts der vereinbarten Stundenlohnsätze.

14.4 Grundlage für die Vergütung von Stundenlohnarbeiten ist die reine Arbeitszeit. Bauleiterstunden gelten ebenfalls als Stundenlohnarbeiten. Ist keine andere Taktung der Abrechnung vereinbart, erfolgt diese auf **0,25 Stunden** genau. Begonnene Einheiten gemäß der vereinbarten Taktung werden als volle Einheiten berechnet.

#### §15 ABRECHNUNG

15.1 Aufmaße erfolgen gemäß Abschnitt 5 der ATV-DIN 18299.

15.2 Rechnungen sind innerhalb von 7 Arbeitstagen ab Rechnungseingang zu prüfen. Die Zahlungen zuzüglich jeweils gültiger Umsatzsteuer sind innerhalb von 14 Kalendertagen nach Rechnungsprüfung, spätestens jedoch innerhalb von 30 Kalendertagen ab Rechnungseingang ohne jeden Abzug frei Zahlstelle des Auftragnehmers zu leisten.

#### §16 ZAHLUNG

16.1 Haben die Parteien im Verhandlungsprotokoll oder in sonstiger Form keine anderweitige Abrede getroffen, gelten folgende Ratenzahlungen als vereinbart:

a. 30 % des Bestellwertes nach Auftragsbestätigung

b. 20% der Auftragssumme mit Baustelleneinrichtung

c. 35% der Auftragssumme nach Lieferung und Montage der .....

d. 15% der Auftragssumme nach Abnahme, spätestens jedoch 12 Tage nach Fertigstellungsanzeige und Übergabe der Abschlussdokumentation

16.2 Lässt der AG für eine Abschlagszahlung oder die Vorauszahlung eine etwaige Skontofrist verstreichen, verliert er das Recht zum Abzug von Skonto für die übrigen Zahlungen.

16.3 Erfüllungsort für alle Zahlungen ist der Sitz des AN.

16.4 Befindet sich der AG aufgrund einer Mahnung in Verzug, ist der AN berechtigt, dem AG für jede weitere Mahnung eine angemessene Gebühr in Höhe von Euro 10,00 zu berechnen, es sei denn, der AG weist nach, dass die tatsächlich angefallenen Kosten geringer sind.

16.5 Bei Überschreitung der Fälligkeitstermine oder bei Stundung ist der AN berechtigt, Fälligkeits- bzw. Stundungszinsen iHv. jährlich 5 Prozent-punkten über dem jeweiligen Basiszinssatz zu verlangen, jedoch mindestens 8 Prozent sofern der AG Kaufmann im Sinne des Handelsgesetzbuchs, eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder ein

öffentlich-rechtliches Sondervermögen ist, sowie die Pauschale nach § 288 Absatz 5 BGB in Höhe von Euro 40,00.

16.6 Der AN behält sich ausdrücklich vor, einen höheren Verzugsschaden nachzuweisen und geltend zu machen. Gegenüber Kaufleuten bleibt der Anspruch auf den kaufmännischen Fälligkeitszins (§ 353 HGB) unberührt. Ist Teilzahlung vereinbart und befindet sich der AG mit einer Teilzahlung im Verzug, so ist der AN ferner berechtigt, die weitere Leistungserbringung auszusetzen bis zur vollständigen Zahlung des zur Zahlung offenstehenden Teilbetrages.

16.7 Gerät der AG in Zahlungsverzug, ist der AN unbeschadet weiterer Ansprüche und Rechte, insbesondere zur Leistungsunterbrechung nach § 320 BGB, berechtigt, eine ggf. bestehende Stundungsvereinbarung außerordentlich zu kündigen und sämtliche Forderungen sofort fällig zu stellen.

## §17 SICHERHEITSLEISTUNG

17.1 Es werden folgende Sicherheitsleistungen vereinbart:

- a. Für die ordnungsgemäße Erfüllung aller dem AN nach dem Werkvertrag obliegenden Hauptleistungspflichten mit Ausnahme der Gewährleistung 5 % der Nettoauftragssumme
- b. Für die Erfüllung aller dem AN nach dem Werkvertrag obliegenden Verpflichtungen der Gewährleistung 2 % der Nettoabrechnungssumme.

Der AN ist in der Wahl der Form der Sicherheit frei und kann diese jederzeit in anderer Form stellen.

17.2 Wenn und soweit der AN keine Wahl getroffen hat, wird die Sicherheit als Bareinbehalt vorgenommen. Wird eine Bürgschaft zur Ablösung der in anderer Form vorliegenden Sicherheit gestellt, ist diese andere Sicherheit unverzüglich herauszugeben.

17.3 Der AG hat Sicherheiten für Mängelansprüche spätestens zwei Jahre nach Abnahme der Leistung zurückzugeben. Er darf wegen unerfüllter Mängelansprüche lediglich dann einen angemessenen Teil der Sicherheit zurückbehalten, wenn er bereits während der Gewährleistungsfrist den berechtigten Mangel angezeigt hat.

17.4 Für den Fall, dass Sicherheit durch eine Bürgschaft gestellt wurde und sich die dadurch besicherte Hauptschuld reduziert, ist der aus der Bürgschaft Begünstigte verpflichtet, diese Bürgschaft Zug um Zug gegen Erhalt einer auf den entsprechenden Teil der Sicherheit ausgestellten und ansonsten unveränderten Bürgschaft zurückzugeben

## §18 GEWÄHRLEISTUNG

18.1 Für die Gewährleistung des AN gilt eine Frist von 12 Monaten ab Abnahme.

18.2 Soweit die Abnahme aus Gründen verzögert wird, die der Auftragnehmer

nicht zu vertreten hat, beginnt die Gewährleistung spätestens 12 Tage nach Mitteilung der Abnahmebereitschaft / Fertigstellungsanzeige.

Eine Mängelrüge hemmt den Ablauf der Gewährleistung der diesbezüglichen Mängel nicht.

## §19 HAFTUNG UND VERSICHERUNGEN

19.1 Der AN haftet dem AG im Falle des Vorsatzes oder der groben Fahrlässigkeit. Hiervon ausgenommen sind lediglich Fälle, in denen das Gesetz zwingend eine andere Haftung vorsieht, insbesondere im Rahmen des Produkthaftungsgesetzes oder bei Personenschäden. Die Haftung für Folgeschäden ist ausgeschlossen.

19.2 Der AN haftet dem AG im Falle der schuldhaften Verletzung von Kardinalpflichten (vertragliche Pflichten, deren Verletzung den Vertragszweck ernsthaft gefährden würde und auf deren Erfüllung der AG berechtigter Weise vertrauen darf, wie insbesondere Einhaltung der Lieferfrist, die Pflicht zur sachmängelfreien Lieferung sowie Beratungs-, Schutz- und Obhutspflichten, die dem Auftraggeber die vertragsgemäße Verwendung des Liefergegenstands ermöglichen oder Eigentum des AG oder Leib oder Leben des Personals des AG vor erheblichen Schäden schützen sollen), ohne dass Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit vorliegen, der Höhe nach beschränkt auf die bei Vertragsschluss vorhersehbaren und vertragstypischen Schäden haftet.

19.3 Die Haftung des AN wegen einfacher Fahrlässigkeit ist im Übrigen ausgeschlossen.

19.4 Übernommene Gegenstände werden nach ihrer Instandhaltung oder Bearbeitungen sonstiger Form an den AG auf Kosten und Gefahr der AG zurückgesandt.

19.5 Sofern statt Versendung Abholung vereinbart ist, sind instandgehaltene oder in sonstiger Form bearbeitete Gegenstände innerhalb von 30 Kalendertagen nach Benachrichtigung des AG abzuholen. Geschieht dies nicht, werden sie an den AG auf dessen Kosten und Gefahr zurückgesandt.

19.6 Der AN garantiert, dass er eine Haftpflichtversicherung in Höhe von 500.000€ für Personenschäden und 250.000€ für sonstige Schäden abgeschlossen hat und für die Zeit seiner Leistungserbringung bis zur Abnahme seiner Leistungen aufrechterhalten wird, oder verpflichtet sich, eine entsprechende Versicherung abzuschließen und aufrechtzuerhalten.

## §20 BEENDIGUNG DES VERTRAGES

20.1 Ist eine Laufzeit vertraglich vereinbart, gilt diese.

20.2 Im Falle einer Kündigung durch den AG oder einer einvernehmlichen Vertragsbeendigung/-aufhebung gilt, wenn nicht der AG den Vertrag aus wichtigem

Grunde gekündigt, § 648 BGB gilt § 648 BGB mit der Maßgabe, dass vermutet wird, dass dem AN 15 % der auf den noch nicht erbrachten Teil der Werkleistung entfallenden vereinbarten Vergütung zustehen.

20.3 Der AN ist zur Kündigung des Vertrags berechtigt, wenn alternativ

a. der AG mit einer ihm nach dem Vertrag obliegenden Handlung oder Unterlassung in Verzug (§§ 280ff, 293ff BGB) gerät

b. der AG in Zahlungsverzug gerät

c. der AG Rechte und/oder Pflichten aus dem Vertrag an einen Dritten mit ganz oder teilweise befreiender Wirkung überträgt oder übertragen hat

d. der AG seine Zahlungen einstellt, über sein Vermögen der Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens gestellt, ein Insolvenzverfahren eröffnet oder mangels Masse eingestellt wird, der AG die Liquidation einleitet oder durchführt oder einen solchen Beschluss trifft

e) die Person des AG aufgrund Gesetzes aufzulösen ist oder aufgelöst oder sonst wie beendet wird oder zu beenden ist

f) der AN aus einem Gesetz im materiellen Sinne heraus berechtigt ist, den Vertrag zu kündigen, davon zurückzutreten oder sonst wie zu beenden.

g) im Falle des § 314 BGB

20.4 Kündigt der AN gemäß § 20.3 oder tritt er zurück, hat der AG ihm die Vergütung für die ausgeführte Leistung zu erstatten sowie für die nichtausgeführte Leistung die Vergütung abzüglich ersparter Aufwendungen.

Weitergehende Schadenersatzforderungen des AN bleiben unberührt. Haftungsausschlüsse zwischen den Parteien finden insoweit ebenfalls keine Anwendung.

20.5 Der Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens des AG, die Kündigung des Werkvertrags oder dessen Beendigung auf sonstige Weise berechtigt den AN vom Vertrag zurückzutreten und die sofortige Rückgabe des Liefergegenstandes zu verlangen.

#### §21 EINHALTUNG DER GRUNDSÄTZE DES GLOBALEN PAKTES DER VEREINTEN NATIONEN / COMPLIANCE / LIEFERKETTENSORGFALTSGESETZ

21.1 Der AG verpflichtet sich, die Grundsätze der Global Compact Initiative der UN zu beachten. Diese betreffen im Wesentlichen den Schutz der internationalen Menschenrechte, das Recht auf Tarifverhandlungen, die Abschaffung von Zwangsarbeit und Kinderarbeit, die Beseitigung von Diskriminierung bei Einstellung und Beschäftigung, die Verantwortung für die Umwelt und die Verhinderung von Korruption. Weitere Informationen zur Global Compact Initiative der UN sind unter [www.unglobalcompact.org](http://www.unglobalcompact.org) erhältlich.

Durch die folgenden Dokumente

- Verhaltenskodex
- HSEQ
- Verpflichtungserklärung Lieferkettensorgfaltsgesetz

werden diese Grundsätze des AN ausformuliert und konkrete Pflichten und Verhaltensregeln festgelegt.

21.2 Der AN weist ausdrücklich auf die in seinem Unternehmen geltenden Richtlinien hin.

21.3 Der AG verpflichtet sich, den AN umgehend über alle in seinem Geschäftsbereich auftretenden Verstöße gegen die in diesem Paragraphen aufgeführten Grundsätze zu informieren.

21.4 Bei Kenntniserlangung von Verstößen gegen die in diesem Paragraphen genannten Bedingungen seitens des AG behält sich der AN ein entsprechendes Compliance-Audit vor. Verstöße gegen die Grundsätze der Global Compact Initiative sowie Inhalte der oben aufgeführten Dokumente sind Verletzungen wesentlicher Vertragspflichten und berechtigen zur Kündigung bestehender Verträge aus wichtigem Grund bzw. zum Rücktritt wegen Pflichtverletzung.

#### §22 VERSCHWIEGENHEIT, URHEBER- UND SCHUTZRECHTE, KUNDENSCHUTZ

22.1 Der AG ist zur Vertraulichkeit verpflichtet. Er darf Informationen über das Bauvorhaben nicht ohne Zustimmung des

AN an nicht an dem Bauvorhaben beteiligte Dritte weitergeben.

22.2 Veröffentlichungen über das Bauvorhaben durch den AG, seine Vertragspartner an diesem Bauvorhaben oder seine Mitarbeiter sind nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung des AN zulässig. Als Veröffentlichung in diesem Sinne gelten auch die Beschreibung der Bauausführung, die Bekanntgabe von Zeichnungen, Berechnungen und sonstigen Unterlagen, ferner Lichtbild-, Film-, Rundfunk- und Fernsehaufnahmen und Veröffentlichungen im Internet.

22.3 Das Eigentum und das Urheberrecht an Plänen, Zeichnungen und Ideen, die sich in der Lieferung verkörpern, entstehen in der Person der AN. AN behält sich an Angebotsunterlagen, Kostenvoranschlägen u. ä. Informationen -auch in elektronischer Form die Eigentums- und Urheberrechte vor. AN ist Hersteller im Sinne § 951 BGB.

22.4 Bis Ende des Projekts bzw. des Bauvorhabens darf der AG kein „Direktgeschäft“ jeglicher Art ohne Zustimmung des AN mit den Erfüllungsgehilfen oder Mitarbeitern des AN tätigen. Er darf demnach weder direkt noch indirekt mit den Erfüllungsgehilfen oder Mitarbeitern oder deren Rechtsnachfolger über die gegenständlichen Arbeiten und damit verbundenen Zusatz- oder Folgeaufträge, die mit ihnen im technischen Zusammenhang stehen, in geschäftliche Beziehungen treten.

22.5 Die vorstehende Pflicht besteht über das Ende des Projektes bzw. des Bauvorhabens hinaus für einen Zeitraum von 1 Jahr nach Vertragsbeendigung (Rücktritt, Kündigung oder Abnahme). Direkte Nebenabsprachen des AG mit den Erfüllungsgehilfen oder Mitarbeitern des AG sind dem AN grundsätzlich untersagt. Bei Missachtung haftet der AG.

22.6 Betriebseinrichtungen, Geschäftsvorgänge und Arbeitsweisen einer Partei, die der anderen Partei im Rahmen der Auftragsdurchführung zur Kenntnis gelangen, sind auch über die Vertragslaufzeit hinaus gegenüber Dritten geheim zu halten; den jeweiligen Mitarbeitern sind entsprechende Verpflichtungen aufzuerlegen.

22.7 Keine Partei wird Mitarbeiter der anderen anwerben. Eine Verletzung dieser Bestimmung berechtigt die betroffene Partei zur fristlosen Kündigung des Vertrags.

## §23 SOFTWARENUTZUNG

23.1 Soweit im Lieferumfang die Überlassung von Software enthalten ist, hat der AG ein nicht ausschließliches Recht, die gelieferte Software einschließlich ihrer Dokumentationen zum Zwecke der Errichtung und der Nutzung des Werkes zu nutzen.

23.2 Der AG darf eine Sicherungskopie der Software anfertigen und nutzen.

23.3 Alle sonstigen Rechte an der Software und den Dokumentationen einschließlich der Kopien stehen dem AN zu, der auch als Hersteller gem. § 950 BGB gilt.

## §24 MEDIATION

Soweit die Parteien im Verhandlungsprotokoll Mediation oder eine sonstige Form der außergerichtlichen Konfliktbeilegung vereinbart haben, sind die dort dafür benannten Regelungen zu beachten.

## §25 ZUSICHERUNGEN / SONSTIGE VEREINBARUNGEN

25.1 Eine Abtretung oder Inkassozession oder Verpfändung von Ansprüchen des AG gegen den AN aus dem Werkvertrag ist nur mit vorheriger, schriftlicher Zustimmung des AN gestattet.

25.2 Der AN ist berechtigt, gegen Forderungen, die dem AG gegen den AN zustehen, mit Forderungen aufzurechnen, die ihm oder anderen mit dem AN i.S.d. §§ 15 AktG verbundenen Unternehmen gegen den AG zustehen. Der AN ist weiter berechtigt, gegen Forderungen, die dem AG gegen eines der vorbenannten Unternehmen zustehen, mit seinen Forderungen gegen den AG aufzurechnen.

## §26 SCHLUSSBESTIMMUNGEN

26.1 Änderungen und Ergänzungen des Vertrages oder dieser AGB bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform. Dies gilt auch für einen Verzicht auf die vereinbarte Schriftform.

26.2 Soweit Schriftform im Vertrag oder den AGB bestimmt ist, genügt die telekommunikative Übermittlung. Das Recht, gem. § 127 Abs. 2, S. 2 BGB nachträglich ein Original zu verlangen, bleibt unberührt.

26.3 Sollten einzelne Bestimmungen dieser AGB unwirksam sein oder werden, so wird die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen hiervon nicht berührt. Die Parteien verpflichten sich, unwirksame Regelungen so zu ändern, zu ergänzen oder zu ersetzen, dass der wirtschaftliche Zweck der Bestimmung möglichst weitgehend erreicht wird.

26.4 An die Stelle der unwirksamen Klausel tritt die nach Gesetz und Rechtsprechung nächstliegende, zulässige Klausel, die den wirtschaftlichen und rechtlichen Sinn in nächstliegender, maximal zulässiger Weise regelt.

26.5 Erfüllungsort für alle Pflichten des AN ist der vertraglich vereinbarte Erfüllungsort, hilfsweise der Ort des Projekts.

26.6 Gerichtsstand für sämtliche Streitigkeiten aus diesem Vertrag ist Weissenburg i. Bayern. Der AG ist jedoch berechtigt, den AN an jedem anderen zulässigen Gerichtsstand zu verklagen.

26.7 Alle Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag bestimmen sich ausschließlich nach deutschem Recht unter Ausschluss des Internationalen Privatrechts und des UN-Kaufrechts.